WP27 C. Freiheit schützen – Vielfalt leben 4. Religion und Weltanschauung: vielfältig und offen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Religion und Weltanschauung: vielfältig und offen

Unsere Gesellschaft ist auch in Thüringen im Bereich der Religionen und Weltanschauungen in den letzten 30 Jahren deutlich vielfältiger geworden.

Aus diesem Grund ist es unser Ziel, das Verständnis und die Toleranz für unterschiedliche Glaubensrichtungen und Weltanschauungen zu fördern. Den Austausch und die Reflexion über die Grundüberzeugungen halten wir für notwendig, um den wechselseitigen Respekt füreinander zu stärken. Deshalb möchten wir interreligiöser Begegnung und Dialog in der Schule mehr Raum geben und den Unterricht in den Fächern Religionen und Ethik über einen „Thüringer Weg“ neu organisieren.

Gerade Jüdinnen und Juden, aber auch Muslim*innen können in Thüringen immer häufiger nicht offen zu ihrem Glauben stehen. So haben beispielsweise Jüdinnen und Juden mit starkem Antisemitismus und Anfeindungen zu kämpfen. Dem treten wir entschieden entgegen und stehen solidarisch an der Seite der jüdischen Gemeinde in Thüringen.

Kernziele:

- Fächer Ethik und Religionen um ein Dialogmodul für alle Schüler*innen ergänzen und Fächer inhaltlich und organisatorisch enger verzahnen, z.B. durch gemeinsame Projekte zu einem Thema
- Wechsel von gemeinsamen Lernzeiten und getrenntem konfessionellem bzw. Ethikunterricht)
- Dialogmodul und Ethik- bzw. Religionsmodule nacheinander im Laufe eines Schuljahres, z. B. in vierteljährlichem Wechsel unterrichten
- Prüfen, inwieweit Religionsmodule auch für andere Religionsgemeinschaften (jüdisch, muslimisch) angeboten werden können, beispielsweise über Hybridunterricht
- Um die Einflüsse von aus dem Ausland gelenkten Verbänden zu vermeiden – wie bspw. in Hamburg – regelhaft in Deutschland für das Unterrichtsfach Religion ausgebildete und geprüfte Lehrkräfte einstellen
- Angebot einer Supervision/Seelsorge/Resilienzstärkung für Pflegende (Arbeitgeber sollen verpflichtend das Angebot machen)
- Stärkere Unterstützung der jüdischen Landesgemeinden, unter anderem durch bessere Schutzmaßnahmen